PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

ORGAN DER MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS (MLÖ)

Nr. 53 15. März 1966 Einzelpreis S 3,-

"DIE LEHRE VON MARX IST ALLMÄCHTIG, WEIL SIE WAHR IST!"
(Lenin)



ZUM WAHLERGEBNIS VOM 6. MÄRZ :

Niederlage der SPÖ- und KPÖ-Führung doch keine Niederlage der Arbeiterklasse!

Der Wahlkampf 1966 wurde von den zwei großen Parteien fast ausschließlich mit zwei großen Lügen bestritten:

Seitens der SP-Führung war es die Lüge von der "Alleinherrschaft" der ÖVP, die sofort beginnen würde, wenn diese Partei mehr als 82 Parlamentssitze erhalten sollte. Die Revisionisten schlossen sich dieser primitiven Darstellung, welche die Rolle der SP-Führung als wichtige Stütze des kapitalistischen Staates ignoriert, uneingeschränkt an.

Andererseits operierte die ÖVP mit der Lüge von der "roten Volksfront", der infolge der Zusammenarbeit der beiden gefährlichen "Revolutionäre" Pittermann und Muhri angeblich entstehenden akuten "Gefahr" für Österreich, ein Land der proletarischen Diktatur zu werden.

Weder die einen, noch die anderen Wahlmacher glaubten daran, daß die von ihnen an die Wand gemalte "Gefahr" wirklich existierte, beide wußten, daß sie logen - und in gewissen ausländischen Zeitungen wurde das auch verständnisinnig angedeutet. Doch das ist eben das Wesen der bürgerlichen Demokratie und bürgerlich-parlamentarischer Wahlschlachten: in ihnen triumphiert nicht das gesunde Urteil, sondern das aus allen Lautsprechern plärrende und von tausend Plakatwänden glotzende Vorurteil, nicht die Wahrheit, sondern der "zugkräftige Schmäh", nicht die ruhige Überlegung, sondern der raffiniert erzielte Schock. Jede der großen Parteien bezahlt einen Haufen von Reklamefachleuten, Psychologen und trainierten Seelenfängern, um die wirksamsten Tricks und Drehs zu finden, mit denen man die Wähler übertölpeln kann. Schon im Begriff der "Schlagzeile"

Seite

Aus dem Inhalt:

Dank an die Vorhut

486 Wähler haben im Wiener Wahlkreis V - 78 in Margareten, 310 in Favoriten und 98 in Simmering - für die dort kandidierende Arbeiterliste MLÖ gestimmt, dutzende, oft hunderte andere Wähler haben in anderen Bezirken, Wahlkreisen und Städten mit den Buchstaben MLÖ ihr Bekenntnis zur revolutionären Arbeiterbewegung quer über den Stimmzettel geschrieben. Obwohl ihre Stimmen offiziell nicht gezählt wurden, gibt es darüber bei fast allen Parteien Aufzeichnungen und verfügen auch wir bereits über genügend Nachrichten, um sagen zu können, daß am 6. März zumindest 3.000 arbeitende Österreicher, darunter vor allem Kommunisten, aber auch nicht wenige Linkssozialisten und Parteilose, mit dem Stimmzettel für die Notwendigkeit der Neuformierung einer kämpferischen Arbeiteropposition demonstriert haben, die Kern und Zentrum des proletarischen Widerstandes gegen den kapitalistischen Staat und seine politischen und wirtschaftlichen Werkzeuge werden soll.

3.000 Menschen oder ein bißchen mehr, auf ganz Österreich zerstreut - das scheint nicht viel und mag den in den Begriffen des parlamentarischen Kretinismus denkenden, Mandate addierenden und subtrahierenden Wahltaktikern aller Sorten sogar als völlig belanglos erscheinen.

Sie werden noch draufkommen, wie sehr sie sich irren! Freilich ist das, was wir bisher erreicht haben, noch überaus bescheiden - wir wissen es nur zu gut. Wir, die wir zu einer langen, beschwerlichen Reise aufgebrochen sind, haben erst einen kleinen, unsicheren Schritt getan, vielleicht erst den Fuß zu diesem Schritt erhoben. Aber der Anfang ist gemacht! Den ersten kleinen und noch wenig sicheren Schritten werden größere und festere Schritte folgen - möge niemand daran zweifeln!

Vor dem Stimmenzahlen fressenden und Mandatsziffern ausspeienden

und des "Wahlschlagers" - deren "Zugkraft" nach den Wahlen ebenso genau gemessen und berechnet wird wie der Erfolg eines neuen Düngemittels oder die Milchleistung einer nach neuen Methoden gefütterten Kuh - ist angedeutet, worauf es dabei ankommt: der Denkfähigkeit des Wählers einen Schlag zu versetzen und dessen eigenes Urteil durch ein fremdes, ihm eingehämmertes, zu ersetzen.
Sowohl die VP- als auch die SP-Führung, diese sekundiert

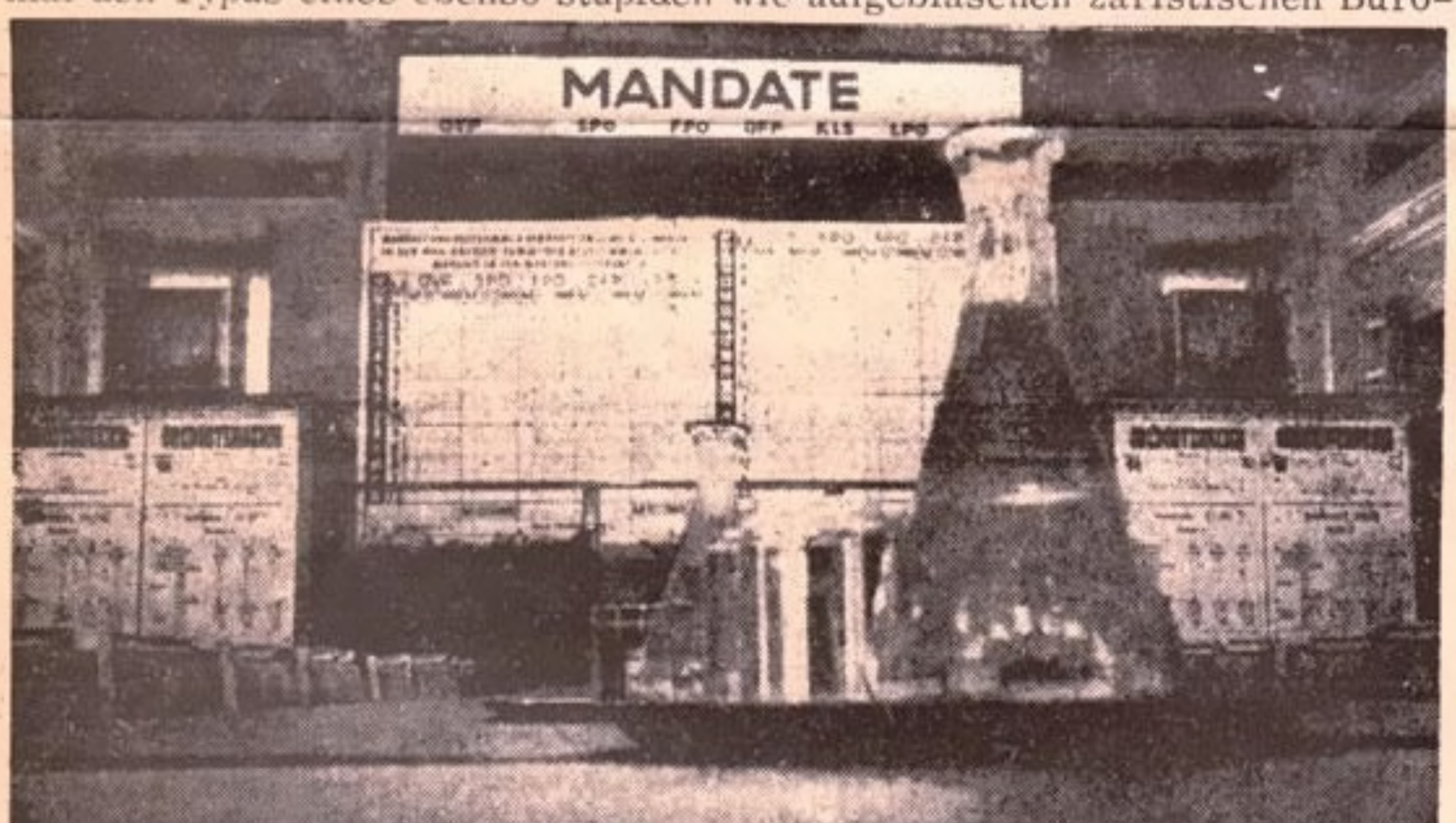
SCHTSCHEDRIN UND DIE „VOLKSSTIMME"

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Bilder von der Hauptwahlbehörde im Innenministerium gingen durch fast alle österreichischen Zeitungen. Natürlich war aus diesen Bildern zu entnehmen, daß insgesamt sieben wahlwerbende Parteien existierten, darunter auch die "Arbeiterliste MLÖ", weshalb auf den amtlichen Stimmen- und Mandatszählungstafeln auch die Buchstaben MLÖ aufschienen. Nicht einmal die reaktionärsten Blätter haben versucht, diese einfache Tatsache vor ihren Lesern zu verbergen.

Anders die "Volksstimme", das Zentralorgan der KPÖ. Sie hielt eine Retusche für notwendig, deren Art und Weise nicht nur die unglaubliche Ignoranz, sondern auch die jesuitische Unehrlichkeit der Revisionisten in geradezu klassischer Form demonstriert: Der "Volksstimme"-Fotograph knipste so hinter einer Wasserflasche hervor, daß deren Halsende haargenau die Buchstaben MLÖ auf der Wahltafel zudeckte ! (Siehe unser der "Volksstimme" vom 6 März entnommenes Bild). Es war Zentimeterarbeit, aber es gelang. Die Regierungsparteien, die Neonazipartei, der Olah-Verein, die sogenannten "Liberalen" - sie alle konnten sichtbar bleiben, Hauptsache, dieses verflixte "MLÖ" war zugedeckt!

Der bedeutende russische Schriftsteller Schtschedrin schilderte einmal den Typus eines ebenso stupiden wie aufgeblasenen zaristischen Büro-



kraten, den die Entdeckung der Existenz Amerikas so verdroß, daß er eine Weisung erließ, Amerika sei wieder zuzudecken. Der Schtschedrinsche Bürokrat - dessen Beispiel Stalin in seiner berühmten Verfassungsrede vor 30 Jahren in einer Polemik gegen die Hitlerleute zitierte - vermochte sich trotz seiner Ignoranz allerdings immerhin zu einem Schimmer von Verständnis dafür aufzuschwingen, daß man Amerika zwar auf dem Papier zudecken könne, es in seiner Realität jedoch wohl nicht mehr zum Verschwinden zu bringen sei.

Hoffen wir, daß sich die "Volksstimme" bald auf ein ähnliches Niveau von Erkenntnisfähigkeit erhebt und einsieht: auf dem Papier lassen sich die Buchstaben MLÖ natürlich zudecken, aber an der Realität einer ständig wachsenden marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich läßt sich dadurch absolut nichts ändern. Sie wegzuschaffen, "selbiges hängt" - um in der Sprache der Schtschedrinschen Romanfigur zu bleiben - "wie es scheint, nicht von ihr ab"!

Übrigens: Auf wie entsetzlich schwachen Positionen stehend müssen sich doch Leute fühlen, die sich schon beim ersten öffentlichen Gehversuch einer konsequent revolutionären Gruppierung hinter einer Wasserflasche verkriechen?

Fortsetzung von Seite 1

"Computer" ist natürlich jede Wählerstimme jeder anderen gleichwertig. Wir Marxisten-Leninisten dagegen sehen neben der Quantität auch die Qualität. Eine Stimme, die bewußt für eine marxistisch-leninistische Liste, für die Liste des offenen Bekenntnisses zum revolutionären Klassenkampf, zur Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung gegeben wird, all der haßerfüllten Hetze gegen "Spalter" und "Chinesen", "Stalinisten", "Abenteurer", "Bürgerkriegs-" und "Weltkriegstreiber" zum Trotz gegeben wird - eine solche bewußte Stimme zählt mehr als tausend Stimmen, die in einer konzentrierten Materialschlacht politischer Demagogie, psychologischer Seelenmassage und wissenschaftlich aufgezogener Bauernfängerei Menschen abgeluchst wurden, die schon morgen erkennen können, was mit ihnen gespielt wird!

So betrachtet war unsere Arbeit in den letzten Wochen und Monaten nicht nur notwendig und nützlich, sondern auch erfolgreich und ermutigend. Aufrichtigen und herzlichen Dank allen Aktivisten, die sich an dieser mühevollen Arbeit beteiligten - den alten, aber noch immer nicht müde gewordenen Arbeiterfunktionären, und nicht minder unseren jungen Genossen, die mit soviel Schwung an ihrer Seite standen und ihnen nicht selten vorangingen! Aufrichtigen Dank auch all den Wählern, die schon bei diesen Wahlen verstanden haben, worum es ging und deren Treue zur Sache der kämpfenden Arbeiterklasse nicht nur aus ihrem Stimmzettel erkennbar wird!

Für uns ist das Ende des Wahlkampfes kein besonderer Einschnitt im Ablauf der Zeit. Wir sind keine Wahlorganisation, die bloß alle drei oder vier Jahre zu vorübergehender Tätigkeit aus dem Schlaf erwacht. Die Wahlen waren uns Ansatzpunkt und Hebel zur Entfaltung einer kämpferischen Aktivität, die wir nun nicht wieder abschwächen, sondern weiter verstärken müssen.

Der österreichischen Arbeiterklasse stehen große und schwere Kämpfe bevor. Von ihrem Ausgang wird weit mehr abhängen als von sämtlichen Wahlen. Deshalb ist aber auch unsere Präsenz in diesen Kämpfen der entscheidende Gradmesser unseres Wertes für die österreichische Arbeiterklasse.

F. St.

Unterstützt und abonniert die "ROTE FAHNE"

Fortsetzung von Seite 2

von den Revisionisten, haben bei den Wahlen den Versuch unternommen, den Wählern Angst zu machen, sie einzuschüchtern und so zu einer Handlung zu bewegen, von der man annehmen konnte, daß sie sonst unterbleiben werde: Die ÖVP konzentrierte sich dabei auf die Gewinnung ehemaliger "freiheitlicher" Wähler und solcher "Sozialisten", die der Antikommunismus ihrer Parteiführung schon so weit nach rechts gebracht hatte, daß man von ihnen bereits den Schritt zur ÖVP erhoffen konnte. Die SPÖ-Führung hatte vor allem das Wähler-Reservoir im Visier, das bei der Bundespräsidentenwahl für Jonas gestimmt hatte und versuchte mit besonderem Eifer, den Revisionisten sogar dort alle Stimmen abzujagen, wo sie nocheinmal kandidierten. Die KPÖ-Revisionisten selbst aber waren daran interessiert, die Hauptmasse ihrer früheren Wähler möglichst geschlossen in das Lager der rechten SP-Führung zu bringen, eine Aufgabe, die überhaupt nur mit Hilfe einer Angstpsychose und durch Überrumpelung der Vernunft dieser Wähler zu bewältigen war. Kurz gesagt: alle diese Parteien waren im Prinzip auf eine ähnliche "wahltaktische" Aufgabe ausgerichtet und bedienten sich zu ihrer Lösung daher auch ähnlicher Methoden - der typischen Methoden der bürgerlichen Demokratie.

Wieso hat dennoch die ÖVP den Sieg davongetragen, während sich die "Wahlschlager" der SPÖ- und der KPÖ-Führung als so ungenügend wirksam erwiesen? Die Antwort darauf ist sehr einfach und hat nichts mit der größeren oder kleineren "Geschicklichkeit" der einen oder anderen Seite zu tun. Die - ohne weiteres voraussehbare - Überlegenheit der ÖVP-Lüge ergab sich vor allem aus den folgenden Tatsachen:

a) Die Einschüchterungspropaganda von der "roten Katze", der "roten Volksfront" und der angeblich drohenden Umfärbung des "demokratischen" Rot-Weiß-Rot in ein "diktatorisches" Rot ist nicht erst Sache dieser Wahlkampagne, sondern hat die Wucht einer mehr als 20-jährigen, ja fast 50-jährigen intensiven Haß- und Hetzpropaganda, an der die SP-Führung selbst ununterbrochen, oft sogar führend, teilgenommen hat. Diese Angstparole war also bestens vorbereitet und es bedurfte jetzt bloß des letzten schwarzen Tupfens auf das "I" einer jahrzehntelangen Politik gehäßigsten Antikommunismus beider Regierungsparteien. Die "rote Katze" war erst dadurch ein für die Reaktion so brauchbares Tier geworden, weil es die SP nicht nur mit gezüchtet, sondern jahrelang reichlichst gefüttert und sogar im Wahlkampf selbst noch immer wieder mit Kraftnahrung versorgt hatte. Daß das geschah, ist wieder kein Zufall und kein bloßes Ergebnis "taktischer Ungeschicklichkeit" der SP-Führung (wie die Revisionisten meinen), sondern liegt im Wesen der Sozialdemokratie und in der Rolle der SP-Führung als Stütze des kapitalistischen Systems begründet.

b) Nicht nur während des Wahlkampfes, sondern ebenfalls schon in der ganzen langen Periode vorher, war die ÖVP in fast allen politischen und wirtschaftlichen Fragen in einer ständigen Offensive, die SP-Führer dagegen in einer Serie jämmerlicher Defensiven. Es ist aber klar, daß auf die Dauer der gewinnt, der das Gesetz des Handelns bestimmt - auch bei Wahlen. Neuerlich ergibt sich die Frage: handelt es sich bei dieser Eigenart der SP-Taktik um einzelne "Fehler" und "Mißgriffe"? Natürlich nicht. Es geht auch hier um das gesamte Um und Auf ihrer Politik, um ihr Wesen als Partei der Kapitulation, des schrittweisen Ausverkaufs der Errungenschaften und Rechte der arbeitenden Bevölkerung an das Kapital.

c) Mit dem zweiten Problem hängt das dritte

GRUNDLAGEN DES LENINISMUS



AM 5. MÄRZ 1953, VOR NUNMEHR 13 JAHREN, STARB DER GROSSE SCHÜLER LENINS, J. W. STALIN. In seinem hervorragenden Werk "Über die Grundlagen des Leninismus" gibt Genosse Stalin die folgende Definition des Begriffes Leninismus:

Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Genauer: Der Leninismus ist die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution im allgemeinen, die Theorie und Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen. Marx und Engels wirkten in der vorrevolutionären Periode (wir meinen vor der proletarischen Revolution), als es noch keinen entwickelten Imperialismus gab, in der Periode der Vorbereitung der Proletarier zur Revolution, in jener Periode, als die proletarische Revolution praktisch noch keine unmittelbare Notwendigkeit war. Lenin dagegen, der Schüler von Marx und Engels, wirkte in der Periode des entwickelten Imperialismus, in der Periode der sich entfaltenden proletarischen Revolution, als die proletarische Revolution bereits in einem Lande gesiegt, die bürgerliche Demokratie zerschlagen und die Ära der proletarischen Demokratie, die Ära der Sowjets, eröffnet hatte.

Deshalb ist der Leninismus die Weiterentwicklung des Marxismus.

Man betont gewöhnlich den überaus kämpferischen und überaus revolutionären Charakter des Leninismus. Das ist völlig richtig. Aber diese Besonderheit des Leninismus erklärt sich aus zwei Gründen: erstens daraus, daß der Leninismus aus dem Schoße der proletarischen Revolution hervorging, deren Stempel er notwendigerweise tragen muß; zweitens daraus, daß er heranwuchs und erstarkte im Ringen mit dem Opportunismus der II. Internationale, dessen Bekämpfung die notwendige Vorbedingung für den erfolgreichen Kampf gegen den Kapitalismus war und ist.

eng zusammen: Das Kapital stützt sich nicht nur auf seine immer besser ausgebaute und bewaffnete Staatsmacht, sondern auch auf Parteien und Organisationen, die offensiv seine Interessen vertreten. Früher ist diesen Klassenorganisationen des Kapitals wenigstens eine kleine KPÖ gegenübergestanden, die konsequent den proletarischen Klassenstandpunkt verfocht und so insbesondere auch auf die SP einen wirkungsvollen Druck ausübte. Das ist heute nicht mehr der Fall. Es existiert heute keine nennenswerte Organisation mehr, die dem systematischen Ausbau der kapitalistischen Positionen in Staat und Wirtschaft ein ernsthaftes Gegengewicht bietet, indem sie die arbeitenden Massen in eine organisierte Gegenoffensive führt.

Hier macht der Wahlausgang neuerlich offenbar, welche ungeheure historische Schuld die Führung der KPÖ auf sich geladen hat, als sie diese Partei in eine bloße Hilfstruppe der SP verwandelte. Die KPÖ-Führer haben der Reaktion unverkennbare Schützenhilfe geleistet und ihr beträchtlich vorwärtsgeholfen. Sie haben das - wohlgemerkt - nicht einfach dadurch getan, daß sie mit ihrer SP-Wahlempfehlung der ÖVP erleichtert haben, die "rote Katze" so überdimensional aufzublasen - ein solches Risiko hätte man bei einer grundsätzlich anderen Politik der SP, im Fall eines auf kämpferischer Basis geschlossenen echten Bündnisses, im Fall einer wirklichen Volksfront (oder wenigstens eines tauglichen Schrittes zu ihr) ebenfalls gehabt und auf sich nehmen müssen!

Die historische Schuld der KPÖ-Führung besteht vielmehr darin, daß sie unter demagogischer Berufung auf die "Einheitsfront" der Arbeiter gegen das Kapital die einzige in Österreich existierende wirkliche Arbeiteropposition liquidierte und das, was berufen war, Herzstück und Zentrum des antikapitalistischen Kampfes zu sein, einer Parteiführung zu Füßen legte, die heute eine der Hauptstützen der kapitalistischen Klassenordnung in unserem Lande ist.

Seitdem es eine Kommunistische Partei gibt, hat diese den Arbeitern immer wieder die einfache Grundwahrheit verständlich zu machen versucht, daß man dem heuchlerischen "Einheits"-Geschrei der rechten SP-Führer nicht auf den Leim gehen darf, daß es auf den politischen Inhalt der Einheit ankommt, daß die Arbeiterklasse nicht die formelle und prinzipienlose "Einheit", sondern eine Kampfeinheit auf der Grundlage eines prinzipienfesten Programms braucht. Die ganze Existenz der kommunistischen Partei beruht auf dieser Erkenntnis. Was das ZK der KPÖ aber jetzt tut, ist restloser Ausverkauf nichteinmal einer formellen, äußeren Einheit zuliebe, sondern die beschämende Taktik eines lästigen Hausierers, der versucht, beim Fenster hereinzukriechen, nachdem man ihn schon an der Tür mit Fußtritten abgefertigt und alle Hunde auf ihn gehetzt hat.



VON DER BLUTIGEN KONTERREVOLUTION IN INDONESIEN ZUM TOD VERURTEILT UND WAHRSCHEINLICH SCHON ERMORDET WURDE ENDE FEBRUAR GENOSSE NJONO.

Genosse Njono, Führer der indonesischen Gewerkschaften und Mitglied des Polbüros der KP Indonesiens, lachte seinen Henkern ins Gesicht und wies stolz das Ansinnen zurück, bei seinen Mördern ein "Gnadengesuch" einzureichen.

Wir Marxisten-Leninisten sind keine Gegner, sondern Kämpfer für eine wirkliche Volksfront aller gegen Kapitalismus und Imperialismus gerichteten Kräfte. Wir streben Bündnisse an, wenn sie auf gesunder Basis beruhen und die Sache der Arbeiterklasse vorwärtsbringen. Doch die Wahlempfehlung der KPÖ war eine schauerliche Parodie auf eine solche echte Bündnispolitik, malte eine abstoßende Karikatur, tatsächlich das Gespenst einer "Volksfront" an die Wand und fügte damit der gemeinsamen Sache aller ernstlich gegen den Kapitalismus kämpfenden Kräfte außerordentlichen Schaden zu.

Das Wahlergebnis hat mit Nachdruck bestätigt, was wir schon lange vorher über die

in Österreich entstandene Situation sagten und schrieben. Es hat gezeigt, wie groß und dringend die vor den österreichischen Marxisten-Leninisten stehenden Aufgaben sind, aber auch, daß die Neuformierung einer kämpferischen Arbeiteropposition durchaus nicht leichter und einfacher ist, als wir das von allem Anfang an eingeschätzt haben. Es ist dennoch eine erfolgverheißende Aufgabe.

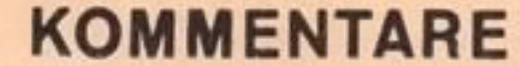
Die SP- und auch die KPÖ-Führung sind über das Wahlergebnis verständlicherweise enttäuscht. Sie haben tatsächlich eine Niederlage erlitten. Doch sie suchen die Schuld daran überall, nur nicht bei sich selbst. Ihr Unmut richtet sich jetzt sogar gegen die Wähler und wenn sie diesen nun die "unvermeidlichen Folgen" des Wahlergebnisses, die bevorstehenden reaktionären Maßnahmen und Gesetze, die weitere Teuerung usw. vor Augen führen, so schwingt hinter diesen Hinweisen unverkennbar der Vorwurf mit: "Recht geschieht euch, warum habt ihr nicht uns gewählt!" Dieses strafende "Das habt's jetzt davon!" ist die Kehrseite der soeben gestrandeten Politik des parlamentarischen Kretinismus und ebenso negativ. Es ist nur die Neuauflage jener demagogischen Argumentation, mit der die SP-Führung ihre Kapitulationspolitik schon oft zu entschuldigen versucht hat.

Die Arbeiterschaft darf auf solche neue Überrumpelungsmanöver nicht hereinfallen. Sie darf sich von dem jetzt an die Wand gemalten Schreckgespenst, nun könne die Reaktion tun, was sie will, nicht ins Bockshorn jagen lassen. Die österreichische Arbeiterklasse hat keinen Grund, pessimistisch zu sein. Nicht sie, sondern die Politik der SPÖ- und der KPÖ-Führung, die Politik des Reformismus und des Revisionismus, haben eine Niederlage erlitten. In Österreich wird weiter gelten, was schon vor den Wahlen galt und was in der bürgerlichen Demokratie stets gilt - ob im Parlament nun etwas mehr oder etwas weniger "Sozialisten" sitzen: DIE ARBEITERKLASSE HAT DAS, WAS SIE SELBST SICH ERKÄMPFT UND IM KAMPF VERTEIDIGT - SONST NICHTS! Sogar dort, wo es die Bourgeoisie manchmal für geraten hält, einige Zugeständnisse zu machen, sind diese direkt oder indirekt eine Frucht des Kampfes der Arbeiterklasse, eine Verbeugung vor ihrer gewaltigen Kampfkraft und ihren unbegrenzten kämpferischen Möglichkeiten.

In mancher Beziehung sind für diesen Kampf jetzt, nach den Wahlen, sogar günstigere Möglichkeiten gegeben als zuvor. Es wird jetzt leichter sein als früher, den Arbeitern die entscheidende Grundwahrheit zu vermitteln, um die es letzten Endes geht: daß über Wohl und Wehe des arbeitenden Volkes, über sein besseres oder schlechteres Leben, über sein Heute und sein Morgen nicht das "Hohe Haus", nicht die Gunst oder Ungunst einiger Herren Abgeordneten entscheidet, sondern daß diese Entscheidung im Betrieb und auf der Straße, im unmittelbaren Klassenkampf der arbeitenden Massen selbst getroffen wird.

RF.

TELEFONISCH ERREICHBAR
IST DIE "ROTE FAHNE"
UNTER DER NUMMER
92-10-672
(Bitte lange läuten lassen!)



KOMMENTARE
DIE ZU DENKEN GEBEN

DER ZU ERWARTENDE SCHREI NACH MEHR ANTIKOMMUNISMUS

Die Wahlempfehlung der Kommunisten hat der neuen Version der Roten-Katzen-Propaganda Nahrung gegeben; das ist nicht zu bezweifeln. Hier liegt gewiß eine Grundproblematik dieser Wahl und ein Ansatzpunkt der Kritik: Man wird auch auf jene hören müssen, die sagen, daß die tausendfach festgelegte und historisch belegte Abgrenzung der Sozialdemokratie von den Kommunisten für die Zwecke des Wahlkampfes offiziell in einer Weise hätte neuformuliert werden können, die den wenigen gutwilligen Unabhängigen ihre Haltung in dieser Frage erleichtert hätte.

Daß die KP-Stimmen der SPÖ nur zu einem Teil zugefallen sind, daß die Inkonsequenz der Kommunisten, die sie zu einer Kandidatur im Wahlkreis 4 veranlaßt hat, ihnen nichts als die Bestätigung ihrer Ohnmacht eingetragen, der ÖVP aber in einem entscheidenden Wahlkreisverband genutzt hat, war vorherzusehen.

"Arbeiter-Zeitung", 8.3.1966

●

"Die KP hat also auch diesmal der ÖVP in den Sattel geholfen, und zwar diesmal gründlicher als je zuvor."

Linzer "Tagblatt", SPÖ, 7.3.1966

●

"Der Beschluß der Kommunisten, den Sozialisten Wahlhilfe zu geben, hat sich als Tiefschlag von außergewöhnlicher Härte erwiesen."

"Kärntner Tageszeitung", SPÖ, 8.3.

●

" WENIG GEBRACHT UND SEHR VIEL GESCHADET "

Mit großer Wahrscheinlichkeit läßt sich die Behauptung aufstellen und untermauern, daß nur ein geringer Teil jener Wähler, die ihre Stimme 1962 den Kommunisten gaben, diesmal sozialistisch wählten.

In den Wiener Wahlkreisen 1, 2, 3, 5, 6 und 7, für die die kommunistische Wahlempfehlung zugunsten der SPÖ galt, haben die Sozialisten 5000 beziehungsweise 4600, 6100, 2300, 5500 und 8800 Stimmen verloren; im Wahlkreis 4, wo die Sozialisten von den Kommunisten nicht unterstützt wurden, gingen der SPÖ ebenfalls rund 5000 Stimmen verloren, so daß zwischen dem Wahlkreis 4 und den anderen Wiener Wahlkreisen kaum ein unterschiedlicher Trend zu erkennen ist.

Bedenkt man, wie viele Wähler der

SPÖ auf der anderen Seite durch diese Wahlempfehlung verlorengingen, dann ergibt sich, daß die Wahlempfehlung der Kommunisten für die SPÖ außerordentlich nachteilig war. selbst wenn man weiter bedenkt, daß die Erklärung Doktor Pittermanns auf dem Parteirat an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ, war es dennoch taktisch falsch, die KP-Wahlempfehlung nicht zurückzuweisen.

"Arbeiter-Zeitung", 12.3.1966

●

WIE ANGENEHM, DER VERLIERER ZU SEIN !

Bedenken wir: Wenn Österreich das nächstemal zu den Urnen geht, wird die ÖVP zu verantworten haben, was sie von heute an tut — und schon die ersten Worte ihrer Spitzenfunktionäre weisen darauf hin, daß diese Verantwortung schwer zu tragen sein wird.

Bedenken wir: Die großen Handikaps von 1966 werden uns im nächsten Wahlkampf nicht belasten. Vor allem wird es der ÖVP als 85-Mandate-Partei schwerfallen, eine neue Angstpsychose zu erregen. Und ganz gewiß wird eine neue Auflage des Volksfrontschlagers wesentlich an Wirksamkeit eingebüßt haben; außerdem ist durch den Ausgang dieser Wahl jede weitere Wahlempfehlung der Kommunistischen Partei uninteressant geworden: Die KP hat nichts mehr zu empfehlen, weil sie über nichts mehr verfügt. Das hat sich im Wahlkreis 4 erwiesen.

"Arbeiter-Zeitung", 8.3.1966

●

NOCHEINMAL ZUM STANDESAMT

Es soll ja gelegentlich vorkommen, daß Eheleute nach jahrelangem Zank dann, wenn das Scheidungsurteil auf dem Tisch liegt, daraufkommen, daß sie gar nicht so schlecht zueinanderpassen — und daß sie dann noch einmal zum Standesamt gehen.

"Arbeiter-Zeitung", 10.3.1966

●

HELFER BEI UNPOPULÄREN MASSNAHMEN

Konkret gesagt: Große Teile der siegreichen ÖVP sind von der ernsten Sorge erfüllt, daß ein politischer Alleingang, zu dem ihre Partei genötigt sein könnte, wenn ihre Scharfmacher bei den Regierungsverhandlungen zu weit gehen, für die ÖVP nicht viel geringere Probleme bringen könnte als die Oppositionsrolle für die Sozialisten. Man denkt an die beiden Budgets, man denkt im Agrarlager an das Marktordnungsgesetz, man denkt bei den Industriellen an den Ausgleich von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, man denkt an die vielen unpopulären Maßnahmen, die ein wirtschaftlicher Rückschlag mit sich bringen könnte. Vor allem wird befürchtet, daß gerade die nächsten vier Jahre Integrationsprobleme bringen, die schwerlich allein zu lösen sind.

Es ist schon in der Chefredakteurediskussion gesagt worden, in der diese Sorgen ebenfalls deutlich zum Ausdruck kamen: Die Koalition war in Österreich noch niemals so populär wie seit diesem Sonntag.

"Arbeiter-Zeitung", 10.3.1966

●

SP-PARTNERSCHAFT FÜR UNPOPULÄRE LOHN-PREIS-POLITIK

Es gibt trotzdem Gründe, die Klaus veranlassen könnten, die Erneuerung der schwarz-roten Koalition in einer für ihn annehmbaren Form jeder anderen Lösung der Regierungsfrage vorzuziehen. Wie Raab einst die Fragen der Lohn- und Preispolitik durch Verhandlungen mit den sozialistisch geführten Gewerkschaften immer wieder befriedigend ordnen konnte, bleibt eines der Exempel, die dieser kluge alte Mann der Volkspartei hinterlassen hat. Eine rein bürgerliche Regierung würde es auf diesem heute von neuem für Österreich recht heikel gewordenen Gebiet viel schwerer haben, übrigens auch nach Meinung mancher Unternehmer.

"Süddeutsche Zeitung", 8.3.1966

●

FUTTERKRIPPEN-POLITIK

Ein Ausscheiden aus der Regierung (beziehungsweise aus dem Stadtsenat) wäre gleichbedeutend mit dem Verlust jeglichen Einflusses, aber auch der Möglichkeit, die eigenen Parteianhänger versorgen zu können. Nur ein Beispiel: Der BSA würde wahrscheinlich sehr bald einen deutlichen Mitgliederschwund zu verzeichnen haben, wenn die SPÖ nicht mehr in der Lage wäre, leitende Posten zu vergeben.

Darüber ist man sich jedenfalls auch in sozialistischen Kreisen im klaren.

"Neues Österreich", 19.3.1966

●

... ist es auch nach Ansicht der meisten Beobachter im Augenblick wenig wahrscheinlich, daß die Sozialisten den Weg in die Opposition beschreiten werden. Nicht nur historische Reminiszenzen werden ihnen diese Alternative als wenig verlockend erscheinen lassen. Aber davon ganz abgesehen, dürfte allein schon die Rücksicht auf die unzähligen sozialistischen Wähler, die ihre materielle Existenz der Koalition und dem Ämterproporz verdanken, die Aktionsfreiheit der sozialistischen Unterhändler in dieser Beziehung stark einschränken.

"Neue Zürcher Zeitung", 8.3.1966

●

ÖVP, SPÖ UND "VOLKSFRONT"

Die sachlichen Programme von Volkspartei und Sozialisten haben im Wahlkampf keine große Rolle gespielt, schon deswegen, weil sie sich nur wenig voneinander unterscheiden. Hebt sich der Staub vom politischen Schlachtfeld, so werden sich die Behauptungen, die Männer um Klaus seien Klerikofaschisten und die um Pittermann Altmarxisten, rasch als unsinnig herausstellen.

Sozialistenführer wie Pittermann sind nicht Doktrinäre, sondern opportunistische Praktiker der Macht. Daß auch die Kommunisten ihnen Stimmen zuführten, beruht nicht auf ideologischer Sympathie, sondern auf einer Mischung aus Verlegenheit und taktischer Schläue. Diese bedeutungslosen Linksradikalen haben damit der volksparteilichen Agitation Material für die Plakatierung des Gespenstes der Volksfront geliefert. Selbst haben sie dieses Schreckbild wohl nicht ernster genommen als mancher Teufelemaler seine Schildereien.

"Süddeutsche Zeitung", 8.3.1966

●

DER INDUSTRIELLENVERBAND BRAUCHT DIE SPÖ

In den Regierungsverhandlungen sollte zuerst an die Sache gedacht werden, nicht aber ausschließlich an Posten, Cliquen und Rücksichtnahmen dieser oder jener Natur, mahnte gestern die Vereinigung Österreichischer Industrieller

Der Sozialistischen Partei kommt nach Ansicht der Industriellenvereinigung im politischen Leben unseres Staates eine bedeutende Funktion zu. Ziel der SPÖ-Führung müßte es nun sein, die Partei diese Funktion zum Wohl des Vaterlandes erfüllen zu lassen.

"Kurier", 10.3.1966

●

ZEIT DER NENNINGE

Für die Sozialisten beginnt nun eine Periode der inneren Säuberung. Der Linkskurs wurde zum Katastrophenkurs. Nun hat die Partei die Chance zu einer Erneuerung, von der ihre Zukunft abhängt. Die Zukunft Österreichs kann jedoch vor allem von der Volkspartei entscheidend beeinflußt werden. Denn mit diesen Wahlen dürfte Österreich für die EWG reif geworden sein.

"Kronen-Zeitung", 8.3.1966

VORSCHLAG AN DEN REIMESCHMIED DER "VOLKSSTIMME"

Am 19. Jänner veröffentlichte die "Volksstimme" ein Gedicht über die Wahlen, in dem es heißt:

Kein Zweifel: Unser Wahlbeschluß
ist für die Rechte kein Genuß.
Das „Volksblatt" schäumt, der Withalm tobt,
Auch Klaus hat uns nicht grad gelobt
kurzum: die Ganzrechtsaußen-Schicht
ist wütend, wie schon lange nicht.

Denjenigen, die es nicht schon damals wußten, hat inzwischen die Erfahrung gezeigt, daß das Gedicht einiger Korrekturen bedarf. Wir schlagen z.Bsp. folgende Abänderung vor:

"Kein Zweifel: Muhris Wahlbeschluß
war für die Rechte kein Verdruß;
das Volksblatt schäumt, der Withalm schrie -
doch war's nur Wahldemagogie.
Auch Klaus sah seinen Weizen blühn
und hat recht laut "Gefahr" geschrien.
Kurzum: die Ganzrechtsaußenschicht
tat schrecklich bös -
doch war sie's nicht!

ARBEITERMORD IN BELGIEN

Anfang des Jahres beschloß die belgische Koalitionsregierung, in der 12 SP-Minister saßen, die Schließung einer Reihe von "unrentablen" Kohlengruben. Allein in der flandrischen Bergarbeitersiedlung Zwartberg bedeutete das, mehr als 4.000 Familien brotlos zu machen. So kam es in Zwartberg zu einem lückenlosen Bergarbeiterstreik und zu einer Serie erbitterter Arbeiterdemonstrationen. Gegen diese Demonstrationen setzte der belgische Innenminister Vranckx, ein Parteifreund Pittermanns und Czettels, am 31. Jänner bürgerkriegsmäßig ausgerüstete Polizei und Fallschirmtruppen ein. Befehlsgemäß machten Polizei und Truppen von ihren Waffen Gebrauch. Zwei Kumpels, Jean Latos und Valere Scleps, wurden erschossen, mehr als ein Dutzend Bergarbeiter wurde schwer verwundet, hunderte andere durch Streifschüsse, Karabinerhiebe oder durch explodierende Tränengasgranaten verletzt.



Die revisionistische belgische KP erzählt den Arbeitern vom "friedlichen Weg zum Sozialismus" an der Seite der rechten SP-Führer. Aber diese lassen ohne Hemmungen auf streikende Arbeiter schießen und Fallschirmtruppen gegen ihre Siedlungen schicken.

Ist es ein Zufall, daß die KPÖ-Presse bei der Berichterstattung über die Arbeitermorde in Belgien "vergessen" hat, zu erwähnen, daß der belgische Innenminister Vranckx ein prominenter SP-Führer ist? Oder war es ihr peinlich, das eben in dem Moment zuzugeben, in dem sie die österreichischen Arbeiter aufforderte, die SP zu wählen, um "die Reaktion abzuwehren"?



FREIHEIT FÜR BILL EPTON!



Nachdem sie ihn mehrere Monate in "Untersuchungshaft" hielten, haben sich die richterlichen Büttel des US-Imperialismus nun die Provokation geleistet, den amerikanischen Negerführer Bill Epton, einen der leitenden Funktionäre der "Progressive Labor Party", wegen "Aufwiegelung" zu einem Jahr Kerker zu verurteilen. Die PLP ist eine der revolutionären Nachfolgeorganisationen der revisionistisch gewordenen KP der USA und hat wesentlichen Anteil an der Bürgerrechtsbewegung und am Kampf des amerikanischen Volkes gegen die US-Aggression in Vietnam.

Das freche Urteil gegen Bill Epton hat in den USA eine Welle von Protestkundgebungen ausgelöst. Wir in Österreich schließen uns dem Ruf dieser Kundgebungen "Laßt Genossen Bill Epton frei!" leidenschaftlich an! Möge die Welle des Protestes so anschwellen, daß ihr die Behörden entsprechen müssen!

Gleichzeitig geben wir unserer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die KPÖ-Presse weder über die Verhaftung, noch über die Aburteilung Bill Eptons ein Wort verloren hat. Etwa deshalb, weil Genosse Epton kein Revisionist ist?

VOR DEM 23. PARTEITAG DER KPdSU

Am 29. März 1966, fast zehn Jahre nach dem für die kommunistische Weltbewegung so verhängnisvollen 20. Parteitag, wird der 23. Parteitag der KP der SU eröffnet werden. Aufgabe von Parteitagen kommunistischer Parteien ist es vor allem, die geleistete Arbeit selbstkritisch zu untersuchen, die in der abgelaufenen Periode verfolgte politische Linie gewissenhaft zu überprüfen, neu entwickelte Theorien auf ihre Übereinstimmung mit der Praxis zu untersuchen, allen Ursachen von Erfolgen oder Rückschlägen nachzuspüren und aus all diesen Untersuchungen Bilanz zu ziehen, um auf ihrer Grundlage die große politische Linie für die nächste Zukunft zu erarbeiten und zu beschließen.

Was echte kommunistische Parteien stets von allen anderen Parteien unterschied, war ihr Wille und ihr Mut zur gründlichen und uneingeschränkten Selbstkritik, wenn die Überprüfung der abgelaufenen Tätigkeitsperiode ernste Schwächen und Fehler enthüllte.

Der 23. Parteitag der KPdSU findet in dieser Beziehung ein besonders weites Arbeitsfeld vor. Zahllose Ereignisse und Anlässe fordern gebieterisch die selbstkritische Überprüfung der auf dem 20. Parteitag verkündeten „neuen Theorien" und der seit damals gehandhabten Praxis.

Zehn Jahre sind - historisch betrachtet - keine große Zeitspanne. Aber sie reichen doch dazu aus, auf Grund der praktischen Auswirkungen eine neue politische Linie und neue Theorien, mit deren Hilfe man der gesamten kommunistischen Weltbewegung bahnbrechende Erfolge zu bringen versprach, auf ihre Gültigkeit und Richtigkeit zu überprüfen. Diese selbstkritische Konfrontation der Theorien mit ihren praktischen Auswirkungen und Ergebnissen bildet einen Prüfstein für das Verantwortungsbewußtsein einer marxistisch-leninistischen Partei.

Der 20. Parteitag der KPdSU hat bekanntlich eine Reihe von Theorien verkündet, die der kommunistischen Weltbewegung bis dahin fremd waren und von ihr entschieden abgelehnt wurden. Wie haben sich diese Theorien seither in der Praxis ausgewirkt?

Die Theorie von der Möglichkeit des "friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus" unter den gegenwärtigen Kräfteverhält-

Weiter nächste Seite

Der grosse Ausverkauf

VON EINEM EISENBAHNER

Das "Defizit" der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) wird von der Unternehmerseite und ihren Sachwaltern unter anderem zum Anlaß genommen, um ihre politische und wirtschaftliche Macht im Staat auszubauen. Dies ist - zumindest vorläufig, wie das Wahlergebnis zeigt - gelungen. Dank der Niederlagenpolitik Pittermanns und seiner neuen Bundesgenossen Muhri und Fürnberg scheint nun der Weg frei, auch mit der Verschacherung der ÖBB zu beginnen. Hand in Hand damit sollen auch die schwer erkämpften sozialen Errungenschaften der Eisenbahner stückweise abgebaut werden. Die Unternehmer wittern Morgenluft und gehen daran, mittels der schon in Vorbereitung stehenden Gesetze die ÖBB nicht mehr wie bisher auf dem Umweg über die SPÖ-Führung auszubeuten, sondern direkt zum Objekt ihrer Profitgier zu machen. Deshalb der Lärm um das "Defizit". Die alte Ganovenmethode, "Haltet den Dieb!" zu schreien, soll auch im Fall ÖBB angewandt werden.

Was hat es aber mit dem "Defizit" der ÖBB für eine Bewandtnis? Daß Eisenbahnen einen Abgang haben, ist ein alter Hut. Die Verwaltung der ÖBB, welche in SPÖ-Händen ist, hat es zweifellos verabsäumt, diesen unvermeidlichen finanziellen Abgang - durch geeignete Maßnahmen - in den natürlichen Grenzen zu halten. Aber daß es ein Defizit gibt, ist bei der Bahn ebenso selbstverständlich wie in einer Reihe anderer Bereiche. In der Natur der Eisenbahn liegt es, gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Als entscheidendes wirtschaftliches Kommunikationsmittel hat die Bahn auf Grund gesetzlicher Auflagen eine große Menge von Sozial- und Sondertarifen zu tragen, die eine indirekte Subvention der Gesamtwirtschaft bedeuten, trägt andererseits aber auch die enormen Kosten der technischen Betriebsführung selbst. So zum Beispiel müssen rund 6.000 Kilometer Schienenwege erhalten und erneuert werden. Die privaten Spediteure dagegen, die große Gewinne einheimsen, fahren auf Straßen, die der Steuerzahler finanziert. Die Kosten dieses Geschenkes an die Transportunternehmer sind sehr hoch, kostet doch ein einziger Kilometer der vierspurigen Autobahn derzeit etwa 65 Millionen Schilling. Die Bahn aber zahlt ihre Straßen - die Schienenwege - selber. Schon an diesem einzelnen einfachen Beispiel erkennt man also, daß das "Defizit" der Bahnen eigentlich keines ist.

In diesem Zusammenhang ist interessant zu erwähnen, daß die ÖBB das größte Wirtschaftsunternehmen unseres Landes sind. Die erzeugten "Waren" sind die Verkehrsleistungen (Personen- und Frachtkilometer). Die Preise dieser "Waren" werden allerdings nicht nach den üblichen kapitalistischen Grundsätzen kalkuliert, sondern nach Tarifgesetzen bestimmt. Diese Gesetze enthalten weit mehr Ausnahmetarife für die Beförderung von Gütern (390 Millionen Schilling) als Sozialtarife (138 Millionen S), woraus schon ersichtlich ist, wie sehr diese Gesetze auf die Bedürfnisse der Unternehmer zugeschnitten sind. Die von den Industriellen solcherart als Melkkuh verwendeten ÖBB beschäftigten 1964 rund 76.000 Menschen (1960 waren es 77.800). Neben den Verkehrsleistungen, welche aus dem schweren und verantwortungsvollen Dienst dieser Riesenmenge von Arbeitskräften entstehen, existiert ein Anlagevermögen (Werkstätten,

Anlagen, Bahnhöfe usw.) von etwa 35 Milliarden Schilling, dessen Wiederbeschaffungswert sich sogar auf 70 Milliarden S beläuft. Bedenkt man, daß alle diese Werte nach 1945 - die heute leitenden Beamten waren damals großteils im "goldenen Westen" - von den Arbeitern aus Schutt und Asche gehoben und geschaffen worden sind, kann man die Ungeheuerlichkeit erst so recht verstehen, die darin liegt, daß die Unternehmer jetzt versuchen, sich all das als ihren Besitz ganz und direkt unter den Nagel zu reißen. Was die Produktivität betrifft, kann gesagt werden, daß sie bei den ÖBB seit 1937 beachtlich gestiegen ist: damals waren je Million Verkehrskilometer noch 8,7 Bedienstete erforderlich, während 1964 schon 5,2 Bedienstete diese Leistung vollbrachten.

Das vielzitierte "Defizit", das 1965 offiziell 2,3 Milliarden S betrug, wird von der ÖVP als Folge einer Mißwirtschaft dargestellt, die überall dort entstehe, wo nicht unmittelbar das Privatkapital diktiere. Diese Zwecklüge wird schon durch die erzielte Produktivitätssteigerung widerlegt. Wo es aber tatsächlich eine Mißwirtschaft gibt, geht das ausschließlich auf Konto der Zusammensetzung der Verwaltung, deren Kommandostellen bis auf wenige Ausnahmen in Händen von SP-Protektionskindern liegen. Es ist eine arge Fälschung und Verdrehung, die Mißwirtschaft dieser Clique mit angeblich unheilbaren Mängeln einer gesellschaftlichen Verwaltung überhaupt gleichzusetzen!

Bei den ÖBB gibt es auch eine starke gewerkschaftliche Organisation. Was tut sie? Die Eisenbahnergewerkschaft mit rund 76.000 dem Aktivstand angehörenden Mitgliedern könnte eine der schlagkräftigsten Kampforganisationen der österreichischen Arbeiterschaft sein. Sie hat eine ruhmreiche Vergangenheit, verfügt über viele Traditionen erfolgreicher Klassenkämpfe und eines opfervollen Widerstandskampfes gegen den Faschismus. Sie hätte heute alle Möglichkeiten, ein Garant für die Sicherung der Arbeitsplätze der ÖBB-Bediensteten , ein unüberwindliches Bollwerk gegen den Ausverkauf der Bahn an die Unternehmer zu sein. Sie hätte! Denn auch hier liegt das Problem im Fehlen einer entsprechenden Führung. Obwohl die letzten Personalvertretungswahlen deutlich gezeigt haben, daß die Eisenbahner links stehen, rückt die von der SP beherrschte Führung der Eisenbahnergewerkschaft unter dem Einfluß von ÖBB-Direktoren, welche ihre einträglichen Nebenamterln (DDSG, Verkehrsbüro, Seilbahnen usw.) nicht verlieren wollen, immer weiter nach rechts. Andererseits stieg zwar die Stimmenzahl der GE (Gewerkschaftliche Einheit) bei den Personalvertretungswahlen von 7.744 (1958) auf 11.089 (1961) und weiter auf 12.820 im Jahre 1964 an, doch was nützt das nun, wenn die GE immer mehr auf die Linien der SP-Politik hinüberschwenkt, deren Folgen sich gerade bei den ÖBB so verheerend zeigen? Die Eisenbahner drängen nach links, aber - so schmerzlich diese Erkenntnis für die fortschrittlichen Kollegen auch ist - es muß doch deutlich ausgesprochen werden, daß heute auch die Führung der GE keine Gewähr mehr bietet, zu einer wirklichen Linkspolitik, d.h. zu einer kämpferischen Politik im Sinne der Eisenbahner und der gesamten arbeitenden Bevölkerung zu kommen. Seit ihrer revisionistischen Mauserung paktieren die Spitzen der GE immer mehr mit den rechten SP-Führern und gehen dazu über, ihre Anhänger und Wähler systematisch in deren schädlichen Einfluß zurückzuführen.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 8

hältnissen war ein Kernstück der vom 20. Parteitag verkündeten Anschauungen. Wo aber, in welchem Land der Erde, hat die Praxis der vergangenen zehn Jahre die Richtigkeit dieser Theorie bewiesen oder zumindest Indizien dafür erbracht? Hat die Praxis nicht vielmehr das Gegenteil bewiesen, nämlich daß die Orientierung auf den "friedlichen Weg" nur die "friedliche" Rückentwicklung vom Sozialismus zum Kapitalismus (am deutlichsten in Jugoslawien) oder den sehr blutigen Übergang von der bürgerlichen Demokratie zu faschistischen Herrschaftsformen erleichtert (wie in etlichen südamerikanischen und afrikanischen Staaten)?

Nicht besser hat sich die Theorie von jener Art "friedlicher Koexistenz" erwiesen, die so stark an die alte Münchner Kapitulationspolitik erinnert. Ihre Neuauflage hat die aggressivsten Kräfte zur Verwirklichung ihrer sehr unfriedlichen Pläne ermuntert und dem US-Imperialismus den offenen Krieg gegen ein Land des sozialistischen Lagers als ohne besonderes Risiko durchführbares Unternehmen erscheinen lassen. Die Theorie von der "friedlichen Koexistenz" hat zur Praxis der "Koexistenz" amerikanischer Bombenteppiche neben sowjetischen Abwehrraketen in der sozialistischen Volksrepublik Vietnam geführt.

Alles eher als gut steht es auch um die praktische Auswirkung der Theorie vom "friedlichen Wettbewerb", der die Überlegenheit des sozialistischen Systems gegenüber dem kapitalistischen System jedem Arbeiter der westlichen Länder so überzeugend vor Augen führen sollte, daß es keinen Zweifel mehr gäbe. Doch die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche die Verkünder dieser Theorie in den vergangenen zehn Jahren in den von ihnen geführten sozialistischen Ländern trafen, haben den Sozialismus vielfach sogar in Mißkredit gebracht und es erleichtert, gegen ihn Stimmung zu machen. Rückkehr zum kapitalistischen Dschungelkrieg durch Wiedereinführung der freien Konkurrenz, Ersetzung der sozialistischen Planwirtschaft durch das spontane Wirken von Angebot und Nachfrage, empfindliche Preiserhöhungen für lebenswichtige Waren, drastische Mietzinssteigerungen und ähnliche dem Kapitalismus abgeschaute Maßnahmen haben nicht nur dem Ansehen der sozialistischen Länder und der Werbekraft des Sozialismus geschadet, sondern auch den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern um Erhaltung und

Erhöhung ihres Lebensstandards wesentlich erschwert.

Auch die vom 22. Parteitag der KP der SU verkündeten neuen Theorien haben keine Bestätigung, sondern ihre Widerlegung durch die Praxis erfahren. Während auf diesem Parteitag verkündet wurde, daß der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus schon begonnen habe, zeigt die Praxis, daß im Gegenteil wesentliche Schritte zurück zum Kapitalismus unternommen wurden. Damals wurde u.a. versprochen, daß bis zum Jahre 1970 die wichtigsten kapitalistischen Länder in der Produktion eingeholt und überholt sein, der Sieg im ökonomischen Wettbewerb errungen und eine große Zahl gesellschaftlicher Leistungen (Werksküchen, Wohnung, öffentliche Verkehrsmittel usw.) bereits kostenlos abgegeben werden könnten. Bis dahin sollten auch die Steuern abgeschafft, die Renten und Löhne gewaltig erhöht sein. Was von all dem wurde verwirklicht? Fast alle angegebenen Produktions- und Leistungsziffern wurden inzwischen heruntergesetzt und korrigiert.

Die Kommunisten aller Länder schauen auf den 23. Parteitag der KPdSU. Es gibt aber leider keine Anzeichen dafür, daß die Führung der KP der SU den Parteitag dazu benützen wird, die verderblichen Theorien des 20. und 22. Parteitags einer ehrlichen und gründlichen Selbstkritik zu unterziehen und zu einer wirklich kommunistischen Politik zurückzukehren. Aber gerade das und nicht die Beschönigung der beunruhigenden Entwicklung des letzten Jahrzehnts wäre Aufgabe des 23. Parteitags. Die Haltung der KPdSU zu den Irrlehren des 20. und 22. Parteitags wird letzten Endes ihr weiteres Geschick und ihre Stellung in der internationalen kommunistischen Bewegung bestimmen.

A.F.



ZU SPÄT ERFUNDENER "WAHLSCHLAGER" EINER REGIERUNGSPARTEI

Fortsetzung von Seite 9

So treten unter Anleitung eines gewissen Dr. Lang in der Eisenbahnergewerkschaft derzeit Leute auf, deren offensichtliches Ziel es ist, die GE in ein bloßes Anhängsel der SP-Fraktion zu verwandeln. Wie weit dieses Zersetzungs- und Liquidierungswerk bereits fortgeschritten ist, zeigen einige Beispiele: Unter anderem wurde im Zentralorgan der KPÖ, der "Volksstimme", ein Artikel des finanziellen Direktors der ÖBB untergebracht, der dafür eintritt, die ÖBB sollten, da sie selbst zu wenig Geld haben, von einer privaten Gesellschaft, die Güterwagen besitzt, diese entleihen und gegen entsprechende Miete verwenden! Man kann sich vorstellen, wo eine solche Praxis, wenn man sie einmal einführt, schließlich endet - ganz abgesehen davon, daß soeben ein verstaatlichter Betrieb, der Waggons bauen kann, liquidiert wurde (Rax-Werk)! Der politische Masochismus geht aber noch weiter: In Postenbesetzungsangelegenheiten werden jetzt nicht mehr wie früher die Vertrauensmänner der GE gehört, sondern es wird bei der SP-Führung rückgefragt, um solcherart "einvernehmliche Lösungen" zu finden und die "Zusammenarbeit" zu verbessern. Auch so kann man anscheinend die "Mitbestimmung" auffassen. Bei der Zentralleitung der Gewerkschaft haben die GE-Spitzen schriftlich um Mitsprache bei den Verhandlungen um das Pensionsrecht gebeten. Man hat also ein Bittgesuch abgesandt, statt unter Einsatz der fast 13.000 Wähler für deren Auffassungen zu kämpfen. Auch um eine Solidaritätserklärung für die Raxwerk-Arbeiter wurde "gebeten", und als die Führer der SP-Fraktion von oben herab verkündeten, "eine Unterstützung erfolgt erst dann, wenn die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter darum ersucht", gaben sich die Revisionisten sogleich zufrieden. Sogar Lohn- und Gehaltsforderungen der Bediensteten "vertritt" die GE-Führung heute immer mehr einfach durch lendenlahme schriftliche Bitten an die SP-Gewerkschaftsbürokratie.

Das tägliche jämmerliche Versagen der Revisionisten in der GE läßt heute viele Kollegen in den Werkstätten und Bahnhöfen fast verzweifeln. Mögen sie aber nicht verzweifeln und mutlos werden, sondern ihre Möglichkeiten und Kräfte erkennen! Nach jahre- und jahrzehntelangen bitteren Erfahrungen hat sich der bewußteste Teil der ÖBB-Bediensteten von den rechten SP-Führern getrennt, soll er jetzt angesichts von KPÖ- und GE-Funktionären, die sich immer weniger von den SP-Führern unterscheiden, aufgeben? Untauglich gewordene Funktionäre durch echte Vertrauensmänner ersetzen, nicht auf die faulen Ratschläge jener hören, die ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben, sondern kämpfen - das ist das einzige Rezept, um die Gewerkschaft der Eisenbahner wieder zu einer Avantgarde der österreichischen Arbeiterschaft zu machen.

H.R.

EIN LESER BERICHTET UNS:

Am Tag nach den Wahlen hatte ich mit einem Mitglied unserer Bezirksleitung, einem fleißigen "Erneuerer" der KPÖ, ein Gespräch über den Wahlausgang. Mein Gesprächspartner war zwar sichtlich enttäuscht über das Ergebnis, wollte mir das aber nicht anmerken lassen und meinte schließlich: "Macht nichts - einmal unten, einmal oben!" Erstaunt fragte ich ihn: "Du glaubst wirklich, daß unsere Partei mit ihrer gegenwärtigen Politik bei den nächsten Wahlen einen Erfolg haben könnte?" - "Na ja, ich rede ja nicht von der KPÖ, sondern von der SPÖ!" erhielt ich drauf zur Antwort. Mir scheint, daß das eine sehr aufschlußreiche Antwort ist.

A.



Internationale Rundschau

FÜNFTER GEBURTSTAG DER BEFREIUNGSARMEE SÜDVIETNAMS

Anläßlich des 5. Jahrestags der Gründung der Südvietnamesischen Volksbefreiungsarmee am 15. Februar richtete der Oberkommandierende der Armee der Demokratischen Republik Vietnam, General Giap, an sie eine Grußbotschaft, in der es heißt:

"Die Schlachten in Südvietnam haben bewiesen, daß die Armee und die Bevölkerung des heldenhaften Südvietnam durchaus fähig sind, die besten Elitetruppen des US-Expeditionskorps zu vernichten und die größten Einheiten der Marionettenarmee zu schlagen. Geboren aus der revolutionären Bewegung Südvietnams und unter der richtigen Führung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams sind die südvietnamesischen Befreiungsstreitkräfte, ganze Etappen überspringend, eine siegreiche und der Sache der Volksbefreiung grenzenlos ergebene Armee aus Stahl geworden. Zahlreiche Schwierigkeiten hat diese Armee überstanden und zahlreiche Proben ihrer Stärke abgelegt. Mit unglaublichem Mut gegen die amerikanischen Aggressoren kämpfend hat sie den Volkskrieg auf eine Höhe gebracht, wie das in der Geschichte der nationalen Befreiungskämpfe noch nie der Fall war und hat glänzende Siege erfochten."

Die Botschaft General Giaps drückt die feste Überzeugung aus, daß das südvietnamesische Volk unbedingt siegen wird - was immer auch die US-Imperialisten an Komplotten aushekken mögen. Was die Volksarmee der Demokratischen Republik Vietnams betrifft, ist sie - wie General Giap unterstreicht - entschlossen, auf die wirksamste Weise die Losung des Präsidenten Ho Tschi-Minh zu erfüllen, die amerikanischen Aggressoren zu besiegen, den Norden, das revolutionäre Bollwerk des ganzen Landes, zu verteidigen und mit ganzem Herzen und mit aller Kraft den revolutionären Befreiungskampf des Südens zu unterstützen mit der Perspektive, das Vaterland wieder zu vereinigen.

★

EINE DUMME SPEKULATION

Die "Volksstimme" der KPÖ feierte den 5. Geburtstag der südvietnamesischen Befreiungsarmee auf ihre eigene Art und Weise: Sie verbreitete mit deutlich merkbarer Genugtuung die groteske Lüge der "New York Times", wonach General Giap, gemeinsam mit Ho Tschi Minh und dem Ministerpräsidenten der DV Vietnam, eine sogenannte "Friedensfraktion" gebildet habe, die bereit sei, mit den Amerikanern zu verhandeln, ohne auf den Abzug ihrer Aggressionstruppen und ihrer Verbündeten zu bestehen. Dieser "Fraktion" stehe die der "Prochinesen" gegenüber, die "stur" weiterkämpfen wollten. Auf solche Weise beteiligt sich also die "Volksstimme" an der Verbreitung der gehässigen Verleumdungen, mit denen die amerikanischen Aggressoren den von ihnen Überfallenen die Schuld an der Aggression in die Schuhe schieben wollen.

Daß diese hinterhältige Haltung der Revisionisten auch anderswo gang und gäbe ist, beweist ein Artikel des New Yorker Korrespondenten des Zentralorgans der KPTsch, "Rude Pravo", in der Zeitschrift der tschechoslowakischen Schriftsteller "Literarny Noviny". Der Autor stellt die Frage, wie man den Krieg in Vietnam beenden könnte und kommt dabei zu folgender originellen Einschätzung:

"Die Lektüre der 14 amerikanischen Punkte (die praktisch auf eine Kapitulation des vietnamesischen Volkes vor den Aggressoren hinauslaufen und sowohl von der nordvietnamesischen Regierung als auch von der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams empört zurückgewiesen wurden, Anmkg.) veranlaßt uns, eine zustimmende Antwort zu geben. Sie enthalten tatsächlich alles, was auch in den Genfer Verträgen enthalten ist und man könnte zwischen ihnen und den vier vietnamesischen Punkten eine Parallele ziehen."

Dieser sich "Kommunist" nennende Schreiber gibt zwar zu, daß die vietnamesische Bevölkerung allen Anlaß habe, den US-Aggressoren gegenüber mißtrauisch zu sein, meint aber andererseits, nicht auf der von ihm angedeuteten Basis zu verhandeln, wäre für das vietnamesische Volk eine "äußerst grausame" Lösung. Die Perspektiven einer Hilfe für das vietnamesische Volk seien nämlich infolge der chinesischen Haltung beschränkt, meint der saubere Herr, während andererseits die "Dampfwalze der amerikanischen Kriegsmaschinerie noch kaum in Gang gekommen" sei. Was soll damit gesagt werden? Doch wohl, daß die Vietnamesen angesichts der amerikanischen "Dampfwalze" lieber

PLAN DER MILITÄRISCHEN EINKREISUNG CHINAS DURCH DIE USA



kapitulieren sollten! Auch der Ruf des tschechischen Kommentators nach einer "gemeinsamen Aktion" in der Vietnamfrage, die bisher leider am Widerstand der KP Chinas gescheitert sei, wird völlig unmißverständlich, wenn man ihn in diesem Lichte sieht: die "gemeinsame Aktion" in der Vietnamfrage soll offenbar darin bestehen, das so heroisch kämpfende vietnamesische Volk mit falschen Versprechungen, Drohungen und Erpressungen zur Kapitulation zu veranlassen!

Es ist eine Schande, welches konterrevolutionäre Gift heute in einigen volksdemokratischen Ländern unter dem Deckmantel "literarischer Betätigung" im Volk verbreitet wird.

*

"NAHE GEKOMMEN..."

In einem Interview, das der Sekretär der französischen SP, Guy Mollet, vor einigen Wochen dem Fernsehen gab, antwortete er auf den Vorwurf, er habe seinerzeit in Algerien eine Kriegspolitik betrieben: "Die Lösung (des Algerienproblems), die wir vorschlugen (ein "französisches Algerien", Anmkg.), war mehr wert als jene, die später gewählt wurde. Es wurde nämlich eine rassistische (!) Lösung angenommen." Für diesen "Sozialisten" ist die Unabhängigkeit Algeriens also eine "rassistische" Lösung! Auf eindringliche weitere Fragen unterstrich er es sogar: "Wenn man es noch einmal machen müßte, würde ich es noch einmal tun. Ich bedauere, daß man für Algerien die schlechteste Lösung gefunden hat." Um das Bild abzurunden: Mollet betonte auch, daß er stolz ist auf den imperialistischen Überfall Englands und Frankreichs auf Suez im Jahre 1956!

Und da erklärte vor kurzem das französische Revisionistenorgan "Humanité", die KPF und die SPF seien sich in ihren Ideen schon „recht nahe" gekommen!

*

ABRÜSTUNG UND BOMBEN

In der sogenannten Genfer "Abrüstungskonferenz" verhandeln die sowjetischen Vertreter mit den amerikanischen Kriegstreibern über die Sicherung ihres Atommonopols. Da die Verhandlungen dieser Konferenz direkt mit der Wiederaufnahme der amerikanischen Bombenangriffe auf das sozialistische Nordvietnam zusammenfielen, fragten einige Journalisten den sowjetischen Chefdelegierten Zarapkin, ob sich daraus kein Hindernis für die Verhandlungen ergeben könnte. Zarapkin antwortete, die neuerlichen Bombardierungen hätten mit der Abrüstungskonferenz nichts zu tun, das seien zwei ganz verschiedene Dinge. Hier muß man Zarapkin einmal uneingeschränkt zustimmen - Abrüstung und Bombenwürfe sind wirklich unvereinbare Dinge, nur das Gerede von der Abrüstung paßt anscheinend recht gut zur Praxis der Kriegspolitik. Übrigens versäumte es der Wiener "Kurier" nicht, mit Freude hervorzuheben, daß Zarapkin "in seiner ersten Rede vor der Konferenz Vietnam überhaupt zu erwähnen vergaß". Na ja, der "friedlichen Koexistenz" zuliebe muß man schon auch ab und zu eine Kleinigkeit taktvoll übersehen können!



Johnson wirft neue Truppen ins Feuer

*

EINKREISUNGSPOLITIK

Unter dem Titel "Die Sowjetunion nähert sich mit Aufrichtigkeit und Begeisterung Japan" veröffentlichte die Zeitung "Mainichi Shimbun", eines der führenden kapitalistischen Blätter Japans, am 3. Februar einen Artikel über die Entwicklung der japanisch-sowjetischen Beziehungen. Früher befanden sich die Sowjetunion und das kommunistische China in einer Linie und in Opposition gegen das japanisch-amerikanische Bündnissystem, schreibt die Zeitung, heute dagegen sei die Auffassung berechtigt, daß die Sowjetunion ein Verbündeter Japans in der Strategie der "Eindämmung des kommunistischen China" sei. Indem sich das Blatt auf die Äußerung des sowjetischen Außenministers Gromyko beruft, wonach die sowjetisch-japanischen Beziehungen die Verträge Japans mit Drittländern nicht belasten, meint es: "Somit kann die Sowjetunion in Verbindung gebracht werden mit dem japanisch-amerikanischen Sicherheitspakt, den sie früher als Herausforderung betrachtete. Auch das ist bezeichnend für den Wechsel, den die sowjetische Politik gegenüber Japan vollzogen hat." Abschließend berichtet die Zeitung über den überaus herzlichen Empfang, der dem japanischen Außenminister in Moskau zuteil wurde und mit dem laut einer Erklärung Kossygins eine neue "Ära der Freundschaft und Zuneigung" in den sowjetisch-japanischen Beziehungen begonnen habe.

Zufällig eben in den Tagen, als diese Nachrichten durch die japanische Presse gingen, gab es auch eine Anfrage kommunistischer und sozialistischer Parlamentsabgeordneter an den japanischen Ministerpräsidenten Sato über die Wiederaufnahme der amerikanischen Bombenangriffe gegen die Demokratische Republik Vietnam. Sato antwortete mit der zynischen Erklärung, bedauerlich seien nicht diese neuerlichen Bombardements, sondern bedauerlich sei die Situation, die durch die "ständige Infiltration nordvietnamesischer Truppen nach Südvietnam" geschaffen worden sei. Um der "militärischen Expansion der chinesischen Kommunisten" entgegenzuwirken, müsse man die US-Politik der "Eindämmung Chinas" unbedingt unterstützen, meint Herr Sato.

*

"WAHRE UND FALSCHE DIPLOMATIE"

Unter diesem Titel brachte die große französische Zeitung "Le Monde" kürzlich einen Artikel von Claude Julien, den schwerlich jemand verdächtigen kann, Kommunist zu sein. Wir entnehmen dem Artikel folgende interessanten Auszüge:

"Warum ergreift Johnson so viele ebenso spektakuläre wie wirkungslo-

se Initiativen? Ganz einfach, weil er überzeugt ist, daß sich das mächtigste Land der Erde viel erlauben kann, wenn es einen guten 'public relations'-Dienst hat. Er hat es in seiner Botschaft an die Nation am 31. Jänner selbst zugegeben: 'Wir haben größte und zielbewußte Anstrengungen unternommen, um die Unterstützung der ganzen Welt zu erlangen.' Dieser Ausspruch zeigt, daß Johnson weniger bestrebt war, eine Lösung des Konflikts, als Zustimmungen für die Wiederaufnahme der Bombenflüge über den Norden zu finden."

Nachdem sich die vom Vatikan aufgezogene 'Aktion der Neutralen' in Nichts aufgelöst hatte, "legte sich nach und nach der Staub" - wie sich Julien ausdrückt - "und zurück blieb die Realität, auf die es wirklich ankommt: Der Krieg geht weiter und die USA gehen daran, ihn durch zusätzliche Kredite zu intensivieren. Der klare Blick war auf Seite der Militärs von Saigon und DaNang, welche die sogenannte 'Friedensoffensive' niemals ernst genommen haben. Sie wissen, und sagen es auch, daß sie für lange Zeit in Vietnam bleiben werden... Trotz der 'bedingungslosen Verhandlungen' ist für Washington der Frieden nur unter einer Bedingung annehmbar: Südvietnam darf nicht kommunistisch werden. Wie Johnson sagt, verlangt Hanoi noch immer die Unterwerfung des Südens unter den Kommunismus - also sei Hanoi der Aggressor und man müsse es hart schlagen, um es an den Verhandlungstisch zu zwingen... Die Welt gewöhnt sich an diesen ungleichen Kampf und erliegt manchmal der Versuchung, die Bombenpause als humanitäre Geste zu betrachten, eine Pause, die gemacht wurde wie eine Pause zwischen zwei Folterungen, um die Macht desjenigen zu zeigen, der die Schläge führt."

*

KORRUPTION - GANZ OFFIZIELL

In der kapitalistischen Welt gibt es einige Länder, in denen die politischen Parteien nicht nur heimlich vom Kapital ausgehalten bzw. für seine Zwecke korrumpiert werden, sondern ganz offiziell vom Staat finanziert werden. Zu diesen Ländern gehört etwa Argentinien und Schweden - aber auch Westdeutschland. Zuerst, 1959, waren es "nur" 5 Millionen DM, die der westdeutsche Staat ganz offiziell an "seine" Parteien ausschüttete, 1963 bereits etwa 20 Millionen und im vergangenen Jahr schon 38 Millionen DM, also runde 250 Millionen Schilling, eine nette Viertelmilliarde! Die Steigerung erfolgt ziemlich rasch, da im Parlament die Vertreter der betreffenden Parteien ja selbst beschließen, welches Honorar ihnen für ihre "staatserhaltenden" Dienste als angemessen erscheint. Dabei ergibt sich freilich immer wieder die groteske Situation, daß die Parteien, die diese Subventionen nicht nur beschließen, sondern auch flink einstecken, vor der Öffentlichkeit so tun, als wären sie über diese "Liebesgaben" aus dem Steuersäkkel recht unglücklich und würden sie nur höchst widerwillig nehmen, weil das schließlich ja auch die anderen tun. Erst jetzt ist in der Deutschen Bundesrepublik wieder so ein edler Wettstreit entbrannt, wobei in der Frage der Verteilung der Gelder sogar an den Verfassungsgerichtshof in Karlsruhe appelliert wurde. Nach diversen Parteienverhandlungen soll

Dshu Bai-lan:

Dem Andenken meiner schwarzen Freundin

Der 8. März, der Internationale Frauentag, scheint uns ein passender Anlaß zum Abdruck des folgenden Gedichts der unseren Lesern schon bekannten Genossin Dshu Bai-lan. Die Verfasserin widmete das Gedicht ihrer Freundin, der Negerin und kommunistischen Lehrerin Williana Burroughs, die 1946 im Alter von 68 Jahren in den USA starb. Wir danken der Verfasserin für das Recht zum Erstabdruck des Gedichtes in deutscher Sprache.

Jahr um Jahr hat diese Welt bewegt,
Seit Dein tapfrer Herzschlag nicht mehr schlägt.
Dennoch spreche ich wie einst zu Dir.
Schwarze Schwester, niemals starbst Du mir.

Alte Schwester, schwarze Lehrerin,
Hart und bitter ging Dein Leben hin.
Aufrecht trugst Du aller Neger Not,
Lehrtest, mahntest, kämpftest - bis zum Tod.

Deines Greisenalters Schönheit strahlt,
Auf der Freundschaft Seidenband gemalt.
Immer wieder stieg im Zeitenlauf,
Alt und schön, Dein Antlitz vor mir auf.

Schwarzer Stirne hochgewölbter Bau,
Überglänzt von krausem Silbergrau.
Großer Augen heißbewegter Blick
Rang mit seinem grausamen Geschick.

Eingefurcht ins Antlitz, Zug um Zug,
Was ein Volk an Höllenleid ertrug:
Kauf der Ahnin, Mutters Sklavenfron,
Bittrer Jugend Kränkung, Schimpf und Hohn.

Menschenantlitz, rührend und vertraut,
Mit der schwarzen, oft geschmähten Haut,
Tapfer blitzte Deines Lächelns Licht:
Heute sind wir machtlos, morgen nicht!"

Jetzt im Zeitenlauf, im Zeitensprung
Spiegelt hell Dich die Erinnerung.
Deiner Negeraugen großer Blick
Packt und zwingt und meistert sein Geschick.

Steht ein heißes Kampfbild vor mir da:
Deine bittre Heimat USA,
Und um Wolkenkratzer, Haus und Dom
Brandet der Gerechten schwarzer Strom.

Nach den aufgeblähten Städten hin
Sieht die Welt Millionen Neger ziehn,
Menschen, abgequält, doch ungeschwächt:
"Her mit unsrer Freiheit, unsrem Recht!"

Teure tote Freundin, Schritt für Schritt
Gehst Du mit den Demonstranten mit.
Hunde hetzt auf Euch die Polizei
Und Du stirbst aufs neu - und lebst aufs neu.

Mit zersprengten Ketten, fern, doch nah,
Grüßt Euch treu das neue Afrika.
Weiße Klassenbrüder melden sich,
Schwarz und Weiß wird Freund - wie Du und ich.

Rauscht heran der Adlerschwingen Schwung.
Steht Euch stark zur Seite Mao Tse-tung.
Seine klare Heldenweisheit spricht:
" Gestern wart Ihr machtlos, heute nicht!"

Tief im Herzen, Schwester, wahr ich Dich.
Deine großen Augen öffnen sich
Und im Spiegel der Erinnerung
Danken sie dem Bruder Mao Tse-tung.

dieser Ende April oder Anfang Mai den Streit schlichten.

Der Finanzierungsstreit ist für die westdeutsche Bevölkerung – und nicht nur für sie – auch insoferne interessant, als er einige Tatsachen ins Licht gerückt hat, die vorher oft gar nicht oder nur wenig bekannt waren. So hat sich herausgestellt, daß es in Westdeutschland neben der offiziellen Parteienfinanzierung durch den Staat auch noch den schon von Bismarck verwendeten berüchtigten "Reptilienfonds" gibt! Dieser Fonds, der unter der Ziffer 300 im Budget des Bundeskanzlers geführt wird und in den letzten Jahren mit je 13 Millionen DM dotiert war, dient nach der offiziellen Begriffsbestimmung zur "politischen Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung mit vertraulichen Methoden", deutlicher gesagt, der Korruption von Organisationen, Institutionen und auch von Einzelpersonen, die auf dem Gebiet der öffentlichen Meinungsbildung tätig sind, also in erster Linie von Zeitungen. Gemäß den von den Regierungsparteien beschlossenen Haushaltgesetzen unterliegt der Reptilienfonds nicht der Kontrolle durch das Parlament. Für die SPD, die wohl im Parlament, nicht aber in der Regierung sitzt, hat das die unangenehme Folge, daß sie bei der Verteilung der Mittel des Reptilienfonds benachteiligt wird. Also erhebt sie entsprechendes Geschrei, fordert "demokratische Kontrolle" usw. Freilich – es fällt ihr nicht ein, die Abschaffung des Reptilienfonds zu verlangen, sie kämpft nur um "Mitbestimmung" bei der Aufteilung der Bestechungsgelder.

Übrigens: in Schweden, wo der Staat die Parteien entsprechend der Zahl ihrer Abgeordneten finanziert, erhält auch die revisionistische KP Schwedens einen Anteil von rund 600.000 Kronen.

★

GRATULATION AN "AKAHATA"

Mit Freude erfahren wir schon wiederholt von den großen Fortschritten unserer japanischen Genossen. Nun erreicht uns die Meldung, daß "Akahata", das Zentralorgan der KP Japans, einen neuen Verbreitungsrekord erreicht hat: die tägliche Auflage dieser Zeitung hat die Zahl 300.000 erreicht, während ihre Wochenendnummern sogar in je einer Million Exemplaren erscheinen. Herzliche Gratulation den japanischen Kommunisten, die uns immer neue Beweise dafür geben, wie man die Massen mit einer prinzipienfesten Politik gewinnt. Diese prinzipienfeste Politik hat unseren japanischen Genossen im revisionistischen Sprachgebrauch die Bezeichnung "Dogmatiker", "Sektierer" usw. eingetragen. Die arbeitende Bevölkerung Japans hat da anscheinend etwas andere Ansichten.

★

AUS LÜBKES VERGANGENHEIT

Auf einer internationalen Pressekonferenz in Ostberlin legte der Pressechef der DDR-Regierung, Professor Albert Norden, kürzlich einige der Originalpläne vor, nach denen seinerzeit das Hitler-Konzentrationslager Neu-Staßfurt errichtet wurde. Etliche dieser Pläne, darunter solche für Häftlings- und SS-Baracken, sind von einem im heutigen Westdeutschland sehr angesehenen Herrn unterschrieben – vom westdeutschen Bundespräsidenten Lübke! Das heutige westdeutsche Staatsoberhaupt war während des Hitlerkrieges vor allem mit dem Bau von Rüstungsbetrieben betraut. Da man für diese Betriebe aber vorwiegend 'rassenfremde Elemente", ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge als Arbeitskräfte verwenden wollte, entwarf Lübke auch gleich die Pläne für die notwendigen Konzentrationslager. Um diese Bauten rascher voranzutreiben, intervenierte Lübke im April 1944 direkt beim Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, mehr KZ-Häftlinge für den Bau der Lager zur Verfügung zu stellen.

Wie der westdeutsche "Tagesspiegel" bemerkt, ist der bisherige Standpunkt des Bundespräsidenten, es sei "mit der Würde seines Amtes unvereinbar, sich von kommunistischen Agitatoren zu einer Erwiderung herausfordern zu lassen", angesichts immer weiterer Veröffentlichungen schwerstens belastender Materialien kaum noch verständlich.

★

DIE HEUCHELEI DER AMERIKANISCHEN IMPERIALISTEN

Die Wiederaufnahme der amerikanischen Bombenangriffe auf das sozialistische Nordvietnam verkündete der US-Präsident Johnson am 31.1. d.J. mit der Pose eines Mannes, der alles getan hat, um das Furchtbare zu verhindern, aber jetzt fassungslos vor dem Zusammenbruch all seiner guten Hoffnungen steht:

> Als verfassungsmäßiger Oberkommandierender habe ich, wie es meine Pflicht ist, den Erwägungen meiner *Berater*, nämlich des Staatssekretärs, des Verteidigungsministers, meines Beraters für die Angelegenheiten der nationalen Sicherheit und der amerikanischen Berufsoffiziere, die von den Mitgliedern der „Joint Chiefs of Staff" vertreten werden, die größte Beachtung geschenkt. Meine Berater haben mir erklärt, daß die Zahl der Vietnamer, Amerikaner und Verbündeten, die der Aggression zum Opfer fallen, sich beträchtlich erhöhen werde, wenn alle Unterstützung, welche die nordvietnamische Aggression erhalte, straflos ausgehe. Im Lichte der *Worte und Taten der Regierung von Hanoi* ergibt sich in klarer Weise unsere Pflicht, alles in unserer Macht Stehende zu unternehmen, um diese Verluste zu verringern.
>
> Deshalb haben heute vormittag die amerikanischen Flugzeuge in Vietnam auf meinen Befehl ihre *Operationen gegen Nordvietnam wieder aufgenommen*.

Aber schon einen Monat vorher hatte derselbe Johnson eine Neujahrsbotschaft losgelassen, die ein sehr bezeichnendes Echo auslöste. Die "Neue Zürcher Zeitung" vom 15.1. berichtete darüber:

> Am New Yorker Aktienmarkt zeigte sich jedenfalls heute deutlich, daß die Börsen- und Anlegerkreise aus der Botschaft die feste Ueberzeugung gewannen, daß *umfangreiche Rüstungsaufträge bevorstehen*. Ausgesprochene Rüstungswerte wie Boeing, Douglas Aircraft, United Aircraft und General Dynamics erfreuten sich heute lebhaftester Nachfrage und erzielten starke Kursgewinne. Ebenso begünstigten die Erwartungen vermehrter Rüstungsorders eine große Zahl von Werten der elektronischen Industrie und anderer Industriezweige, denen neue Aufträge für Rüstungszwecke zufallen können.

Die Herren Rüstungsindustriellen, die aus dem Blut und den Leiden der Völker ihre Profite schöpfen, wissen schon, was es bedeutet, wenn Johnson von der "Erhaltung des Friedens" spricht.

★

DER GASKRIEG IN SÜDVIETNAM

Die "New York Herald Tribune" beschäftigte sich vor kurzem mit dem zunehmenden Einsatz von Giftgas durch die amerikanischen Aggressionstruppen in Südvietnam. Das menschenfreundliche Blatt schreibt dazu:

"Je nach Art des Feindes, dem man gegenübersteht und nach der Art des Gases, das man auswählt, kann chemische Kriegführung in Südostasien tatsächlich geeignet sein, Menschenleben zu sparen."

Selbstverständlich hat die USA-Zeitung im Auge, auf Seiten der amerikanischen Aggressionstruppen "Menschenleben zu sparen", indem man Giftgas einsetzt. Die Bevölkerung Vietnams und Südostasiens überhaupt ist in den Augen der US-Herrenmen-

schen etwas, das nur bedingt unter den Begriff "Menschen" fällt. Mit Befriedigung stellt das Blatt im weiteren fest:

"Da die Abneigung der Öffentlichkeit anscheinend zum Schweigen gebracht worden ist, versucht das Verteidigungsministerium nicht länger, den steigenden Gebrauch 'zulässigen' Gases als Teil der Befehlsbefugnis der örtlichen Kommandeure zu verbergen."

*

FEDERVIEH

In seiner Darstellung der Ähnlichkeiten zwischen Mensch und Tier sagte Johann Nestroy, der Mensch sei manchmal auch ein Federvieh, denn mancher beweist, wenn er eine Feder in die Hand nimmt, daß er ein Vieh ist. Zwei besonders üble Typen dieser Gattung, Sinjawski und Daniel, wurden vor kurzem in Moskau abgestraft, weil sie gegen hohe Bezahlung durch westliche Auftraggeber übelste antisowjetische Schmähschriften verfaßt und ins Ausland geschmuggelt hatten, wo diese Machwerke dann unter falschen Namen verbreitet wurden. Betrachtet man die Produkte der beiden Hersteller, so erkennt man rasch, daß ihre Beschäftigung mit Literatur wenig zu tun hat, sondern eine von außen gelenkte, fabrikmäßig organisierte Zersetzungs- und Vergiftungstätigkeit gegen den Sozialismus war, bei der die Betreffenden eine ganze Reihe von sowjetischen Gesetzen brachen.

Trotzdem - oder wohl gerade darum - lösten die Urteile im Westen großes Protestgeschrei und eine Flut von Zeitungsartikeln, Reden und Resolutionen aus, in denen die "freie künstlerische und literarische Betätigung" in der Sowjetunion im allgemeinen und die Freilassung von Sinjawski und Daniel im besonderen gefordert wurde.

Zur größten Freude seiner Dirigenten gesellten sich zu diesem antisowjetischen Chor auch eine Zahl von Revisionisten, darunter das Mitglied des Polbüros der KPÖ, Erwin Scharf. Er sei sehr "bestürzt" und fürchte, das "harte Urteil" gegen die beiden "Schriftsteller" werde die Sowjetunion schädigen. Da es viele solcher Revisionisten gab, die wie Scharf nicht schweigen konnten, sahen sich die sowjetischen Stellen zu wiederholten Erklärungen des Sachverhalts veranlaßt, die allerdings in der revisionistischen Presse wenig Widerspiegelung fanden. Das ist schade, denn einige dieser Darstellungen sind sehr interessant. Zum Beispiel erklärte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS in einer von Artemow gezeichneten Stellungnahme:

"Die Empörung der Sowjetmenschen (über die Tätigkeit der nun Verurteilten) ist nicht etwa so groß, weil diese nicht sehr blendenden Schriftsteller der sowjetischen Gesellschaft einen schweren Schaden zugefügt hätten, sondern weil diese zwei Judasse Verrat gegenüber ihrem eigenen Vaterland verübt haben." Bei den Leuten im Westen, die mit dem Urteil unzufrieden sind, unterscheidet Artemow drei Gruppen. Die einen sind jene, welche von der Nullität der beiden "Schriftsteller" überzeugt sind, aber die Frage stellen, ob das Gericht diese zwei unbedeutenden Figuren nicht lieber hätte laufen lassen sollen, um keine neue Welle antikommunistischer Hysterie im Westen zu entfachen. "Für diese Leute gibt es", wie Artemow feststellt, "nur eine Antwort: Gesetz ist Gesetz und es muß von allen respektiert werden!" Eine andere Gruppe sind die professionellen Antikommunisten, die versuchen, die Sorgen der Menschheit über den schmutzigen Krieg in Vietnam auf andere Fragen abzulenken. Schließlich gebe es auch anständige Schriftsteller, die Opfer der Illusionen über die Freiheit im kapitalistischen Staat sind. "Im Namen einer irrigen Auffassung über die persönliche Freiheit", sagt Artemow, "sind diese Leute damit einverstanden, daß die sozialistischen Staaten sogar der Konterrevolution die Freiheit geben. Wozu hat dann aber das Volk die Revolution gemacht?"

Auch die "Prawda" nahm zu der westlichen Kampagne wegen Daniel und Sinjawski scharf Stellung, wobei sie sich speziell an eine bestimmte Sorte von "Kritikern" wandte: "Leider hat der im Westen entfachte allgemeine Wirbel zugunsten der beiden Saboteure der Literatur auch gewisse anständige Leute desorientiert. Es ist sicher, daß sie, infolge Mangels an authentischen Nachrichten, dem Geschreibsel der Bourgeois-Presse aufgesessen sind, die schamlos Sinjawski und Daniel mit Gogol und Dostojewsky verglichen hat und vorgab, daß sich der Prozeß mit Fragen der Literatur und der künstlerischen Freiheit beschäftigt hat."

Anscheinend haben die Ausführungen Artemows und der "Prawda" die österreichischen Revisionisten nicht überzeugen können, denn als Mitte März die österreichische Journalistengewerkschaft ein Protestschreiben gegen die Aburteilung Daniels und Sinjawskis an Ministerpräsident Kossygin sandte, legte die "Volksstimme" (16.3.1966) Wert auf die Feststellung, daß dieser Protest den KPÖ-Journalisten nicht zur Unterschrift vorgelegt worden sei. Wie schade, daß man die antisowjetischen Qualitäten der Scharf, West und Konsorten in der Journalistengewerkschaft so grob unterschätzt.

Was uns betrifft, erregt uns weder die Tatsache der Bestrafung der beiden Schmierfinken, noch das Ausmaß der Strafe. Was uns vielmehr wesentlich scheint, ist der Umstand, daß die Strafe die eigentlich Schuldigen nicht nur schweigend übergeht, sondern sogar in der Pose der strafenden Gerechtigkeit erscheinen läßt. Wenn jemand eines Tages bemerkt, daß er Läuse hat, auf wen soll er da wohl in erster Linie böse sein: auf die Läuse oder auf den Schmutz an seinem Körper, welcher dazu führt, daß immer mehr und größere Läuse entstehen?

Nicht so sehr um die allenthalben auftauchenden Läuse - sondern vor allem um den Schmutz geht es, der sich am Körper des Sowjetstaates seit Chruschtschow angesammelt hat und dessen unvermeidliches und immer zahlreicher werdendes Produkt solches Ungeziefer wie die Sinjawskis und Daniels sind.

*

AUS DER SCHULE GEPLAUDERT

Unter dem Titel "Zum Aufmarsch der Weltmächte" - worunter ein Aufmarsch gegen Volkschina gemeint ist - schreibt der wegen seines extremen Antikommunismus berüchtigte Louis Barcata in der "Presse" vom 12. Februar 1966:

> die Hoffnung erwachte, die Russen könnten und würden auch in Vietnam den Frieden erzwingen, der natürlich nur unter entsprechender Berücksichtigung der amerikanischen Wünsche verwirklichbar wäre. Ob die Sowjets dazu imstande sind, muß sich zeigen. Daß die neuen Leute in Moskau zwar weniger reden als Chruschtschow, aber dafür auf weite Sicht handeln, bewies das Anlaufen ihrer großen diplomatischen Offensive, die von Taschkent bis Djakarta reicht. Insofern ist auch hier eine manchem unausweichbar erscheinende Entwicklung im Gange: die der Zusammenarbeit Moskaus und Washingtons bei der Bändigung des einzigen wahrhaft gefährlichen Friedensstörers dieser Zeit. Jedenfalls erscheint heute China von Westen und Osten her fast erstickend eingekreist.

Wenn diese Herrschaften von "Frieden" reden, schwebt ihnen vor, daß alle Völker die "amerikanischen Wünsche" befolgen, Vietnam sich ihnen friedlich ausliefert, Volkschina sich gemütlich "ersticken" läßt usw. Ob sie sich da nicht Träumen hingeben, aus denen es ein böses Erwachen geben wird?!

Castro auf Abwegen

Mit einer Erregung und Unsachlichkeit, die schwer zu verstehen und schon garnicht zu rechtfertigen ist, hat der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro am 6. Februar d. J. auf die nüchternen Feststellungen des chinesischen Außenhandelsministeriums vom 9. und 30. Jänner 1966 zur Frage der chinesisch-kubanischen Handelsbeziehungen geantwortet. Während sich die chinesische Darlegung (siehe "Rote Fahne" Nr. 51 vom 15. 2. 1966) eines sachlichen Tones bediente und mit objektiven Zahlen und Fakten operierte, verwendete Ministerpräsident Castro leider die unrühmlich bekannten chruschtschowschen Methoden der Polemik und verstieg sich sogar zu der lächerlichen Beschuldigung, die Volksrepublik China mache - ausgerechnet - mit den USA-Imperialisten gemeinsame Sache gegen Kuba.

Interessant ist, daß die von antichinesischen Ausfällen strotzende Rede Castros dennoch im chinesischen Radio und in der chinesischen Presse im vollen Wortlaut wiedergegeben wurde, während die sachliche Darstellung des chinesischen Standpunkts in der offiziellen kubanischen Presse keine Gnade fand und grob verstümmelt wurde.

Wem Fidel Castro mit seinem aufgeregten und so unerfreulichen Stoß ins chinafeindliche Horn Freude machte und Dienst leistete, wird aus dem Echo deutlich, das seine Ausführungen in der imperialistischen und proimperialistischen Presse des Westens gefunden haben:

In den Vereinigten Staaten schrieb die **Washington Evening Star** am 9. Februar in einem Leitartikel, der zügellose Angriff Fidel Castros gegen die chinesische Regierung „lasse mit aller Sicherheit darauf schließen, daß er in der heftigen ideologischen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking den sowjetischen Standpunkt bezogen hat. Natürlich wäre es sehr schwierig für ihn gewesen, eine andere Haltung einzunehmen. Sein Fortbestehen hängt von der andauernden sowjetischen Hilfe ab, die täglich eine runde Million Dollar beträgt."

Die **New York Times** begrüßte in einem Artikel vom 10. Februar die chinafeindliche Erklärung Castros als „einen Meilenstein in der kubanischen Politik". Im Artikel wird betont, einer der vermutlichen Gründe Castros für die Veröffentlichung seiner chinafeindlichen Erklärung sei folgender: „Vielleicht hat Castro auf Grund der vermehrten wirtschaftlichen Hilfe, die er von der Sowjetunion erhalten hat, die Zustimmung gegeben, als Gegenleistung die Chinesen herunterzumachen." Die **New York Herald Tribune** bezeichnete in einem Leitartikel vom 12./13. Februar die chinafeindliche Erklärung Castros als „rotgefärbten Thriller" und erklärte, auf den „nächsten Akt" gespannt zu sein. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Erklärung Castros „vielleicht zur Vorbereitung eines offenen Bruches der kommunistischen Welt in zwei getrennte und sich bekämpfende Lager diene".

Die englische **Times** erklärte am 7. Februar in einem Leitartikel: „Abgesehen von den Gründen, die ihn (Castro) zu dieser Handlungsweise bewogen haben, wird nun das übrige Lateinamerika freier atmen können. Dr. Castro kann natürlich mit seiner Propaganda weiterhin für die Revolution in seinen Nachbarländern werben, aber es erscheint nun weniger möglich, daß seinen Worten auch die Taten folgen werden."

Die englische Wochenzeitschrift **Tribune** veröffentlichte am 11. Februar unter dem Titel „China, Kuba und die Koexistenz" einen Leitartikel, in dem hervorgehoben wird: „Castro weiß, daß Kuba nur 90 Meilen von Florida entfernt liegt und die Koexistenz . . . von lebenswichtiger Bedeutung ist."

Das französische Blatt **Le Monde** erklärte am 8. Februar in einem Leitartikel, „sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen Gründe", die Castro zu diesen [antichinesischen] „Ausbrüchen" gezwungen hätten, seien „wahrhaftig zwingend", und seine „‚Wahl' . . . gebe demnach den Sowjets Anlaß zu besonderer Befriedigung".

Die Zeitung fügte hinzu: „Jedenfalls wird es für die ausländischen Beobachter von Bedeutung sein, daß die Philippika des kubanischen Ministerpräsidenten mit dem Aufenthalt in Havanna des sowjetischen Außenhandelsministers Patolitschew, der gekommen ist, um über einen neuen Handelsvertrag zwischen Kuba und der Sowjetunion zu verhandeln, zeitlich zusammenfällt."

In einem am 7. Februar in der französischen Zeitung **L'Aurore** erschienen Artikel wird auf folgendes hingewiesen: „Was will Kuba? Vor allem will es, nachdem die revolutionären Hirngespinste zu Wasser wurden, wieder von vorne beginnen. Könnte der Bruch mit dem ‚großen gelben Bruder' nicht unter Umständen eine Wiederaufnahme der Kontakte zu Washington erleichtern? . . . Wer sich darüber die Hände reibt, ist Moskau."

Das westdeutsche Nachrichtenmagazin **Der Spiegel** unterstrich in einem Artikel vom 14. Februar: „Castros Abkehr von Peking war nichts anderes als die Folge einer roten Strangulation — durch Moskau. Jahr für Jahr pumpte die Sowjetunion täglich eine Million Dollar in Castros Kassen. Und Jahr für Jahr geriet Kubas Wirtschaft immer mehr in die Abhängigkeit der Sowjetunion. Jetzt kassiert der Kreml die Dividende. . . Während er [Castro] seine Philippika gegen die gelben Erpresser formulierte und damit einen offenen Bruch riskierte, sah ihm ein Mann aus dem Kreml über die Schulter: Außenhandelsminister Patolitschew, der nach Havanna gekommen war, um Kuba noch mehr sowjetische Hilfe zu garantieren."

Die indische Zeitung **Hindustan Times** schrieb in einem Leitartikel vom 8. Februar: „Die lateinamerikanischen Befürchtungen über eine Procastro-Revolution haben zu Aktionen der Organisation der Amerikanischen Staaten geführt. Daß nun zwischen Havanna und Peking Zwist herrscht, kann eine Tröstung für die OAS darstellen."

Die **Api Pantjasila** (Die Flammen von Pantjasila), eine Zeitung der indonesischen Rechten, veröffentlichte am 7. Februar einen kurzen Kommentar, in dem das chinafeindliche Geschrei Castros begrüßt wird. Sie schrieb: „Castro hat China schonungslos in die Schranken gewiesen. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie man seine Würde verteidigt."

Die jugoslawische Zeitung **Borba** pflichtete in einem Kommentar vom 8. Februar der Anklage Castros bei, wonach China schuldig sei, Repressalien und Erpressungen anzuwenden und „sich in innere Angelegenheiten einzumischen". Sie stellte die verleumderische Behauptung auf, China habe „versucht", sich in die inneren Angelegenheiten der asiatischen und afrikanischen Länder „einzumischen".

Peking Rundschau Nr. 9

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 64

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101